

US-Lebensmittelhilfe für die Zone von Moskau und Pankow abgelehnt!

Berlin (Eigenmeldung). Die Sowjetzonen-Regierung und der sowjetische Außenminister Molotow haben das Angebot Präsident Eisenhower, zur Verbesserung der Versorgung der Sowjetzonenbevölkerung Lebensmittel im Werte von 15 Millionen Dollar (über 60 Mill. DM) zur Verfügung zu stellen, abgelehnt.

In einer Erklärung des Sowjetzonen-Presseamtes wird das Angebot als „Beleidigung“ bezeichnet. Die Sowjetzone sei auf Lieferungen der USA nicht angewiesen.

Auch in der Moskauer Ablehnung wird die Lebensmittelkrise der Sowjetzone geleugnet: Die Sowjetregierung habe „kraft der zwischen der Sowjetunion und der DDR bestehenden festen freundschaftlichen Beziehungen auch früher schon die deutsche Bevölkerung mit Lebensmitteln unterstützt“.

Briefwechsel zwischen Bonn und Washington

Dem amerikanischen Hilfsangebot, das der Sowjetunion am 10. Juli gemacht wurde, war ein Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Adenauer und Präsident Eisenhower vorausgegangen. In dem Schreiben Dr. Adenauers vom 4. Juli heißt es:

„Sehr verehrter Herr Präsident! In zunehmendem Maße erfüllt die sich immer weiter verschlechternde Lebensmittelversorgung der sowjetisch besetzten Zone die Bundesregierung mit großer Besorgnis.

Die Bundesregierung hat zwar bedauerlicherweise keine Möglichkeit, den Menschen in der Sowjetzone den auf ihnen lastenden politischen Druck abzunehmen. Sie hält sich jedoch für verpflichtet, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die Bevölkerung nach Möglichkeit wenigstens vor dem Hunger zu schützen.

Auch der Bundestag hat sich

in den letzten Tagen mit dieser Frage befaßt und die Bundesregierung am 1. Juli in einer Entschließung ersucht, alle möglichen Maßnahmen zu treffen, um schnellstens eine ausreichende Versorgung der notleidenden Sowjetzone und Ostberlins mit Lebensmitteln sicherzustellen.

Die Bundesregierung beachtlichst daher, in großem Umfang Mittel für Lebensmittellieferungen in die sowjetisch besetzte Zone bereitzustellen. Ich würde es dankbar begrüßen, wenn auch die amerikanische Regierung bereit sein würde, sich an dieser Hilfsaktion, die im Interesse der ganzen westlichen Welt liegt, zu beteiligen.

Ich darf daher die Frage aufwerfen, ob Sie geneigt sein würden, mit den zuständigen amerikanischen Stellen in diesem Sinne Verbindung aufzunehmen.“

In dem Antwortschreiben des amerikanischen Präsidenten Eisenhower heißt es, der Brief des Bundeskanzlers bestätige Berichte des US-Oberkommissars Conant:

„Es liegt mir deshalb sehr daran, auf Ihren Appell bejahend zu antworten. Ich habe deshalb heute den amerikanischen Geschäftsträger in Moskau angewiesen, der Sowjetregierung Lieferungen von Lebensmitteln zur Verteilung an die Bevölkerung Ostdeutschlands anzubieten.

Ich habe angeregt, daß zwi-

schen den Stäben des amerikanischen und sowjetischen Hohen Kommissars in Deutschland Abmachungen für die Verteilung getroffen werden, und daß eine Verteilung durch deutsche religiöse Institutionen in Betracht gezogen wird.“

Das Schreiben, das der US-Geschäftsträger in Moskau, O. Shaughnessy, der Sowjetregierung überreichte, weist auf die Lebensmittelschwierigkeiten in der Zone hin, die die Regierung und die Bevölkerung der USA beunruhige.

Die US-Regierung habe sich deshalb entschlossen, „der Sowjetunion als Besatzungsmacht Lebensmittellieferungen im Werte von etwa 15 Millionen Dollar zur Verteilung unter die Bevölkerung Ostdeutschlands anzubieten, darunter Getreide, Zucker, Fett, Sojaöl und einige andere Waren.“

Um den Lebensmittelmangel in der Zone möglichst schnell zu lindern, würden „die ersten Lebensmittellieferungen unverzüglich an die Zonen- und Sektorengrenzen in Deutschland herangeschafft.“

Am nächsten Tag lehnte Moskau dieses Angebot bereits ab.

Bonn: Trotzdem helfen!

Bonn (Eigenmeldung). Bonner Regierungskreise erklären zu der Ablehnung Moskaus, es sei bedauerlich, daß das anfrichtige Hilfsangebot für die hungernde Bevölkerung der Sowjetzone aus politischen Gründen abgelehnt werde. Jetzt komme es darauf an, starke private und kirchliche Hilfe für die notleidende Bevölkerung in Mitteldeutschland zu intensivieren.

Berija

W. G. Seit dem Tode Stalins hat es an großen Sensationen aus Moskau wahrhaftig nicht gefehlt. Die bei weitem größte aber ist die Nachricht vom Sturz Berijas. Berija gehörte zu dem Triumvirat, das sich in die von Stalin hinterlassene Macht teilte; er war sozusagen der „zweite Mann im Staate“. An seinem Schicksal wird eindeutig klar, daß unter den Nachfolgern Stalins — was zwar vermutet, aber nicht eindeutig sichtbar wurde — ein sehr harter Kampf um die Macht stattfindet. Mit der politischen Liquidierung Berijas, die sicher mit der physischen enden wird, schließt der erste Akt dieses Dramas. Er zeigt, was Stalin mit dem Nimbus des absoluten Diktators alles zusammengehalten und gebündelt hat, und was dann alles in Bewegung geriet, als ein rascher Tod ihn überfiel.

Nichtssagende Anklagen

So sicher also heute die Tatsache des Machtkampfes ist, so schwierig ist es, die Motive seines Ausbruches im einzelnen überzeugend zu klären. Ging es nur um die Macht, odgär ging es auch um den Kurs — um den außenpolitischen Kurs vor allem? Aus dem sowjetischen Kommuniqué und dem offiziellen Kommentar der „Prawda“ ist hierüber selbstverständlich nichts zu entnehmen. Die Moskauer Mitteilungen gleichen allen früheren Anklagen, mit denen Teilhaber der bolschewistischen Macht von Lenin oder Stalin oder wem sonst liquidiert worden sind. Diese Mitteilungen sind im übrigen sehr widerspruchsvoll. Einerseits wird Berija vorgeworfen, Anordnungen des ZK und der Regierung zur Korrektur von Willkürakten gehemmt zu haben. Dann wäre er also ein ganz ausgezeichnete Kommunist nach dem Bilde Stalins, des Programmatickers jeder Willkür. Andererseits soll er versucht haben, „nationalistische Elemente der bürgerlichen Überbleibsel“, von deren Dasein wir auf diese Weise erfahren, als Agent des internationalen Imperialismus zu aktivieren. In diesem Falle wäre er das, als was die „Prawda“ ihn

bändmarkt: ein „bürgerlicher Renegat“. Wir kennen diesen Text und seine Melodie aus der jahrzehntelangen Geschichte kommunistischer „Justiz“. Er ist in Moskau so üblich und billig wie in Pankow, wo zuletzt der Juni-Aufstand als das Werk ausländischer Agenten und Provokateure bezeichnet worden ist. Klare Anhaltspunkte also gibt es nicht dafür, daß es zwischen Berija und Malenkow hauptsächlich um den „richtigen“ Kurs der sowjetischen Politik gegangen ist.

Kampf um Macht

Vielleicht ist es richtiger, daß es mehr um die Macht ging. Schon früher war bekanntgeworden, daß Berija im Bereich der Polizei und Verwaltung eine robuste Hausmacht-Politik betrieb. Überall hat er versucht, „seine“ Leute in maßgebliche Positionen zu setzen. „Bei seinen ruchlosen Machenschaften zur Ergreifung der Macht“, so wird dieses Bestreben in den Moskauer Veröffentlichungen gedeutet, „versuchte Berija, das Innenministerium über die Partei und die Regierung zu stellen“. Auch andere Formulierungen der Moskauer Veröffentlichungen lassen vermuten, daß es mehr um die persönliche Macht als um den politischen Kurs ging.

Unruhe im Ostblock

In diesem hintergründigen Dunkel ist es also nicht leicht, aus dem Gewaltsieg Malenkows über Berija irgendwelche sicheren Folgerungen hinsichtlich des Kurses der sowjetischen Politik abzuleiten. Diese Klärung können eindeutig nur die kommende Entwicklung und eine Aktion diplomatischer Erkundung bringen, der Moskau mit klaren Handlungen und nicht mit dunklen Phrasen antworten muß. Eine Folgerung aber ist erlaubt: Der ganze sowjetische Block befindet sich in einem Zustand außerordentlicher Labilität. Ganz oben sehen wir einen mit brutalsten Mitteln geführten Machtkampf, und unten — wenigstens in den Außenbezirken der sowjetischen Herrschaft — erleben wir die Revolte unterdrückter Völker. Weder das eine noch das andere ist heute endgültig abgeklungen und beendet. Beides hängt wahrscheinlich auch zusammen. Ein Staat, in

dem es möglich ist, daß im Amtszimmer höchster Machthaber plötzlich ein Polizeikommando erscheint und den bisher amtlich Umjubelten verhaftet, ächtet und einer sehr automatischen Justiz als Verbrecher ausliefert — ein solcher Staat bringt immer neue Überraschungen. Wo die Führung davon abhängt, wer von den Mächtigen den Rivalen zuerst umbringt, dort ist gewiß kein geordneter und gefestigter Staat, sondern ein Apparat, der nur zu dem fähig ist, was die Gewalt vermag. Das ist leider noch viel. Das kann sogar furchtbar sein. Wir haben es in Deutschland selbst erlebt. Die Geschichte aber lehrt, daß ein solcher Staat einmal auch an die Grenzen seiner Gewalt stößt und dann von dem Volke selbst oder von neuen Führern neu geordnet wird.

Einheitliche West-Politik!

Wie immer die sowjetische Entwicklung nach Stalins Tode ausgehen mag: die einzig entscheidende Frage, die aber zugleich am wenigsten beantwortet werden kann, ist die, ob und wann der Staat auf dem Gebiete der Sowjetunion sich zu politischen Grundsätzen bekennen wird, mit denen er aufhören würde, der Störer und Zerstörer einer friedlichen Ordnung der Welt zu sein. Für den Westen ergibt sich deshalb aus der neuen Situation in Moskau die Pflicht zur äußersten Wachsamkeit, aber auch zur vernünftigen Bereitschaft, positive Chancen klug zu nutzen. Wir brauchen jetzt erst recht eine einheitliche Politik des Westens, die aus gemeinsamer Stärke allen guten und weniger guten Möglichkeiten, das heißt sowohl denen einer Entspannung als auch denen des Kalten Krieges, ausreichend gewachsen ist.

Dramatischer Kampf

Moskau (AP/DFA). Der Verhaftung des sowjetischen Polizeichefs Berija ist, wie erst jetzt bekannt wird, ein dramatischer Kampf vorausgegangen. Nach diesen Meldungen hat Malenkow motorisierte Sondereinheiten und Panzer eingesetzt, die den Landsitz Berijas bei Moskau umstellten. Erst nach einem blutigen Kampf mit der Leibwache gelang es, Berijas habhaft zu werden.

Vorarbeit für die Einheit

Berlin (Eigenmeldung). Eine Plenarsitzung des Forschungsbeirates für die Wiedervereinigung Deutschlands fand unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Thedieck vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen im Berliner Bundeshaus statt.

Es wurden in dieser Sitzung eine Reihe von Fragen behandelt, die nach der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit zu lösen sind. Im besonderen handelt es sich u. a. um die volle Ausnutzung der vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten und um die Förderung der Konsumgüterindustrie.

Weiter wurden die Probleme erörtert, die sich aus der jetzigen außerordentlichen Belastung des Konsums in der Sowjetzone ergeben, und schließlich wurden Maßnahmen empfohlen, die mit der Abschaffung der sowjetischen Zwangswirtschaft auf dem landwirtschaftlichen Gebiet in Zusammenhang stehen.

Die Beschlüsse wurden der Bundesregierung zugeleitet.

Freier Interzonenverkehr

Frankfurt a. M. (DPA). Der geschäftsführende Vorsitzende der Exil-CDU der Sowjetzone, Dr. J. B. Gradl, forderte auf einer CDU-Versammlung in Frankfurt freien Reiseverkehr zwischen dem Bundesgebiet und der Sowjetzone.

Er schlug der Bundesregierung vor, die drei Oberkommissare der Westmächte zu bitten, sich bei ihrem sowjetischen Kollegen Semjonow für einen Verzicht auf Interzonenpässe und Aufenthaltsgenehmigungen beim Personenverkehr zwischen der Sowjetzone und dem Bundesgebiet einzusetzen.

Zeltlager für Ostberliner Kinder

Berlin (Eigenmeldung). Die in Westberlin eingerichteten Zeltlager sollen vom 10. August an auch für Ostberliner Kinder zur Verfügung gestellt werden. Da die Ferientermine in Westberlin früher liegen als im Ostsektor, ist diese Regelung getroffen worden.

Dem Tag X näher

H. S. Der Forschungsbeirat für die Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen hat in Berlin eine zweitägige Besprechung gehabt, deren Ergebnis wir nebenstehend veröffentlichen. Dieser Forschungsbeirat hat sich immer des besonderen Interesses der sowjetischen Regierung erfreut. Er wurde verhöhnt, seine Arbeit und ihr Zweck sogar verdächtigt. Daß der Forschungsbeirat nicht geschlafen hat, darüber hat der Bundeskanzler in der letzten außenpolitischen Ansprache schon einige Andeutungen gemacht, indem er darauf hinwies, welche Vielfalt von Problemen, gerade auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, es bei der Wiedervereinigung zu lösen gilt und welche Vorarbeiten geleistet wurden.

Diese Probleme sind in den anderthalb Jahren seit der Gründung des Forschungsbeirates infolge der Verschärfung des kommunistischen Kurses in der Sowjetzone viel schwieriger geworden. Die Enteignungen, die Schaffung riesiger staatskapitalistischer Monopole auf

dem Gebiet der Industrie wie des Handels, die fast völlige Ausrottung der privaten Wirtschaft, die Ausbeutung von Mensch und Material haben Verhältnisse geschaffen, die schließlich zur Explosion am 16. und 17. Juni geführt haben und beweisen, wie unerträglich die Verhältnisse in der Sowjetzone dank der Politik der östlichen Machthaber geworden sind.

Würde man die nach der Wiedervereinigung fälligen Aufgaben dem freien Spiel der Kräfte überlassen, so würden neue Gefahren für die Sowjetzone heraufbeschworen werden. Wenn man auch nicht viel von der Arbeit des Forschungsbeirates gehört hat, so erweist sich jetzt, wie notwendig die Vorbereitungen gewesen sind. Wir hoffen, daß der Forschungsbeirat die Wege gefunden hat, um den Landsleuten aus der Sowjetzone nach dem Tage X Erleichterungen ihres bisher so harten Schicksals zukommen zu lassen und sie auf schnellstem Wege an den Lebensstandard im Westen Deutschlands heranzuführen.

Schlag gegen die KPD

Wiesbaden (DPA). Der hessische Innenminister Zinnkann hat für die nächste Zeit alle Kundgebungen der KPD unter freiem Himmel verboten. In einem Erlaß an die Polizeidienststellen Hessens weist er darauf hin, daß sie in jedem Fall eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung seien, da die Bevölkerung nach den Juni-Ereignissen im sowjetischen Besatzungsgebiet gegen die KPD aufgebracht sei.

gericht gegen Dr. Kaul ein Verfahren angestrengt, das die Zurückziehung seiner Zulassung als Rechtsanwalt zum Ziel hat.

Beweise für Rechtsverletzung

Berlin (DPA). Dokumente über die nach der Verkündung des „neuen Kurses“ der SED und in Zusammenhang mit der Niederschlagung des Juni-Aufstandes in der Sowjetzone begangenen Rechtsverletzungen stellt gegenwärtig der Untersuchungsausschuß freier Juristen zusammen. Diese Urkunden sollen dem internationalen Juristenausschuß in den Haag übermittelt werden, der sie den Vereinten Nationen vorzulegen beabsichtigt.

Alle Personen, die Angaben machen können, werden gebeten, diese dem Untersuchungsausschuß freier Juristen (Berlin - Zehlendorf-West, Limastraße 29, Telefon 84 63 23) zu übermitteln.

Anklage gegen SED-Anwalt

Berlin (Eigenmeldung). Der Generalstaatsanwalt beim Westberliner Landgericht hat gegen den Rechtsanwalt Dr. Kaul (SED) Anklage wegen übler Nachrede erhoben. Kaul wird beschuldigt, den Leiter der Kriminalpolizei, Wolfram Sangmeister, im Zusammenhang mit dem Fall Zunker verunglimpft zu haben. Außerdem hat der Generalstaatsanwalt beim Kammer-

Deutsche Frage im Vordergrund

Die Außenministerkonferenz in Washington

Washington (DPA/AP). In Washington begann am 10. 7. die Konferenz der Außenminister der drei Westmächte, zu deren Hauptberatungsthemen die deutsche Frage gehört, die durch den Aufstand vom 17. Juni besonders dringend geworden ist. Zu diesem Punkt liegt den Außenministern das Sofortprogramm der Bundesregierung zur Wiedervereinigung Deutschlands vor.

Am ersten Sitzungstag kamen die Außenminister zu folgenden vorläufigen Beschlüssen:

1. Der Sturz Berijas könnte eine schärfere Politik des Kremls gegenüber dem Westen einleiten.

2. Der verstärkte Widerstand und die Demonstrationen in der Sowjetzone und den Satellitenstaaten haben ihre Ursache zum Teil in der vom Westen verfolgten festen Politik.

3. Die NATO-Länder müssen in der gegenwärtig vorgezeichneten Richtung weiterarbeiten, worunter auch die Ratifizierung des EVG-Vertrages und schließlich der Zusammenschluß Europas zu verstehen ist.

Im Mittelpunkt des zweiten Tages standen die Deutschlandfrage und die damit zusammenhängenden europäischen Verteidigungsprobleme.

Die Minister berieten auch das Sofort-Programm Dr. Adenauers

zur Wiedervereinigung und die Entwicklung in der Sowjetzone, wobei ein wachsendes Verlangen nach Wiedervereinigung beider Teile Deutschlands festgestellt wurde.

Auch die Frage eines Viermächtetreffens ist auf der Konferenz zur Sprache gekommen. Wie verlautet, waren die Außenminister darin einig, daß ein solches Treffen erst nach den deutschen Bundestagswahlen angestrebt werden solle.

Später wurden die Außenminister von Präsident Eisenhower empfangen, der mit ihnen die Entwicklung in der Sowjetunion besprach.

53 Millionen unterstützen Sowjetzone

Erklärung des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften

Stockholm (AP). Auf dem dritten Kongreß des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften (IBFG) in Stockholm haben die Vertreter von 53 Millionen Arbeitern aus über 50 Ländern der freien Welt in einer Resolution den Flüchtlingen aus den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang jede Unterstützung zugesichert. Die an dem Kongreß teilnehmenden amerikanischen Gewerkschafts-Organisationen AFL und CIO haben ferner Präsident Eisenhower telegrafisch ersucht, auf die unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen

EVG in Holland und Belgien

Den Haag (DPA). Das holländische Parlament hat den Beginn der Debatte über den EVG-Vertrag auf den 21. Juli — vor Beginn der Ferien — festgesetzt.

Dagegen hat das belgische Abgeordnetenhaus am Donnerstag vorgeschlagen, die EVG-Debatte erst am 15. September zu beginnen.

Charlottesville (Virginia) (AD). Der stellvertretende Leiter der Deutschland-Abteilung im US-Außenministerium, Lewis, gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß der EVG-Vertrag trotz der sowjetischen Opposition ratifiziert und in Kraft treten wird.

über freie Wahlen in ganz Deutschland hinzuwirken und die Initiative zur Unterstützung der Arbeiter im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands in ihrem Kampf gegen den sowjetischen Totalitarismus zu ergreifen.

„In die Geschichte des Kampfes der Menschheit um die Freiheit wird der 17. Juni als Gedenktag eingehen, an dem heldenhafte deutsche Arbeiter eine Schlacht nicht nur für sich selbst, sondern für alle freien Menschen schlugen“, heißt es in dem Telegramm.

In der Resolution des IBFG wird der 17. Juni, „der Tag der spontanen Erhebung der ost-deutschen Arbeiter“, als ein „Fanal der Entschlossenheit aller Arbeiter“ bezeichnet, sich nie der Tyrannei zu beugen.

Vor der Abstimmung über die Entschließung hatte ein junger Arbeiter aus Halle den Delegierten über den Volksaufstand in der Sowjetzone berichtet. Ein Ostberliner Arbeiter gab einen dramatischen Bericht über die Unruhen im Ostsektor.

Der amerikanische Gewerkschaftsführer Walter Reuther beantragte die Einsetzung eines Ausschusses der freien Gewerkschaften zur Untersuchung des Aufstandes am 17. Juni in Ostberlin und der Sowjetzone. Der Ausschuß soll ferner die soziale, politische und wirtschaftliche Lage in Ostberlin untersuchen,

Eisenhower: Wiedervereinigung!

Washington (DPA/AP). Auf seiner wöchentlichen Pressekonferenz hat sich Präsident Eisenhower erneut für die Wiedervereinigung Deutschlands ausgesprochen und sich mit Nachdruck für die Abhaltung freier Wahlen eingesetzt.

Auf die Frage, ob das EVG-Projekt zugunsten der Wiedervereinigung zurückgestellt werden sollte, antwortete der Präsident fest, er sei der Auffassung, daß in Deutschland freie Wahlen abgehalten werden könnten, gleichgültig, ob Deutschland der EVG angehöre oder nicht.

Symbol des Polizeistaates

Washington (DPA/AP). „In Ostberlin, in der Sowjetzone und in anderen Satelliten-Staa-

ten hat die Bevölkerung neue Hoffnung geschöpft. Die Freiheit liegt wieder in der Luft. Freie Wahlen ist das Schlagwort, das die unterdrückten Völker anstachelt. In der Sowjetunion selbst ist Berija, der Kopf und das Symbol des Polizeistaats, verhaftet worden. Eine neue Erschütterung bereitet sich vor.“ Das erklärte der amerikanische Außenminister Dulles.

Ein Märchen

London (AP). Durch die Demonstrationen der deutschen Arbeiter in der Sowjetzone sei das sowjetische Märchen von der „Volksdemokratie“ zerstört worden, erklärte der Schatzkanzler der früheren britischen Labour-Regierung, Gaitskell.

Ulbrichts Politik — der Anfang vom Ende

Ein Jahr „Aufbau des Sozialismus“ — Die Parteikonferenz vom Juli 1952

In dem Artikel, den Wilhelm Pieck kürzlich aus der Sowjetunion schickte, stand der interessante Satz, daß sich die Lage in der Sowjetzone besonders im letzten Jahr verschlechtert habe. Das war deutlich — denn das letzte Jahr der politischen Entwicklung in der „DDR“ war Ulbrichts Werk. Der SED-Generalsekretär proklamierte die Volksdemokratie vor genau zwölf Monaten auf dem II. Parteikongreß der SED in der Werner-Seelenbinder-Halle vom 9. bis 12. Juli 1952. War das Leben in der Sowjetzone bis dahin schwer, so wurde es nun unerträglich. Von den Beschlüssen des Juli 1952 führt eine gerade Linie zur Hungersnot in der Zone und zum Aufstand des 17. Juni 1953. Sie waren der Anfang vom Ende.

Es lohnt, noch einmal nachzurechnen, was Ulbricht vor einem Jahr verkündete. Wer erinnerte sich noch daran, daß bis zum 9. Juli 1952 das Wort „sozialistisch“ für die Zone ängstlich vermieden wurde und man ausschließlich von einer „antifaschistisch - demokratischen“ Ordnung sprach, die man jetzt mit Hilfe der Blockpolitik wieder in den Vordergrund schieben möchte? Wer dachte zuletzt noch daran, daß erst seit dem Juli 1952 der „planmäßige Aufbau des Sozialismus“ auf den Menschen der Zone lastete? Überblickt man das Gesamtergebnis der Ulbrichtschen Befehle vom Sommer 1952, dann kommt eine erschütternde Liste zusammen.

Allmacht des Staates

Zunächst verkündete Ulbricht den „planmäßigen Aufbau des Sozialismus“. Als Voraussetzung für diese Umwandlung wurde beschlossen, daß der Staat allmächtig sein müsse: „Das Hauptinstrument beim Aufbau des Sozialismus ist die Staatsmacht. Sie muß deshalb auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens entscheidend verstärkt werden.“

Wie diese „Verstärkung“ auszusehen habe, wurde sofort konkret festgelegt: die Länder, die Länderregierungen und Parlamente als letzte Reste einer demokratischen Verwaltungsform wurden aufgelöst. Der zentralistische Staat entstand.

Gleichzeitig verkündete Ulbricht die Ablösung des Strafrechtes und der bürgerlichen Gesetzgebung durch ein neues „sozialistisches Recht“.

Auch der SSD wurde von Ulbricht vor genau einem Jahr legalisiert. Der SED-General-

sekretär proklamierte „die allseitige Stärkung und Unterstützung der Organe der Staatssicherheit“.

Der Kolchosen-Befehl

In einem Staat, der keine Selbstverwaltung und nicht einmal mehr abendländische Gesetzgebung dulden wollte, durfte es auch keine selbständigen Bevölkerungsgruppen mehr geben. Ulbricht verkündete die Bildung von Produktionsgenossenschaften. Daß diese Kolchosen „selbstverständlich freiwillig“ zu bilden seien, wurde schon wenige Monate später von Ulbricht selbst widerrufen. Zum Kampf gegen alle „Großbauern“ mit über 20 ha Landbesitz gab Ulbricht den Startschuß.

Auch die weitere Enteignung des privaten Besitzes an Betrieben wurde angeordnet und die restlose Vernichtung der „bürgerlichen Ideologien“ befohlen.

Kanonen statt Butter

Zur Volksdemokratie gehörte die Volksarmee. Ulbricht proklamierte sie in aller Form.

Mit einem Federstrich wurden im Interesse der Aufrüstung alle Versprechen auf eine Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung weggewischt. Ulbricht sagte deutlich genug, daß es nun Kanonen statt Butter geben werde: „Die Sicherung der Verteidigungsfähigkeit fordert gewisse materielle und finanzielle Aufgaben.“ Bei der „Erfüllung bestimmter Voraussetzungen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität“ werde man aber den Fünfjahresplan trotzdem erfüllen.

Die Normenschraube

Das Volk also sollte die Volksarmee bezahlen. Durch Wettbewerbe und übersoll. Die

Normenschraube wurde offiziell beschlossen und zynisch zugegeben, daß die Norm über das Vermögen des einzelnen Arbeiters hinausgehen müsse: „Die technisch begründete Norm liegt etwa zwischen der höchsten Aktivistenleistung und der Durchschnittsleistung“. Die Aktivistenkollektive, die „sozialistischen Wettbewerbe“, die Sparsamkeitsbefehle, Senkung des Materialverbrauchs — alles das datiert vom II. Parteikongreß Walter Ulbrichts. Und der Vorsitzende des FDGB, Warnke, stimmte damals eifrig zu: „Der FDGB muß die Wettbewerbsbewegung vertiefen und verbessern.“

Was man den Arbeitern als Gegenleistung bot? Schärfere Beaufsichtigung durch die SED, noch mehr „ideologische Schulung“ und die Zusicherung, daß die Konsumgüterindustrie ganz verkümmern werde zugunsten von Kanonen und Panzern.

In einigen Nebensätzen deutete der SED-Diktator an, daß seine Pläne über das, was er im Juli 1952 verkündete, noch hinausgingen. Er wertete gegen die Studentenpfarrer — die Verfolgung der Jungen Gemeinde, der Kirchenkampf, waren später die Folge. Das letzte Ziel, der Entzug der Lebensmittelkarten für die gesamte Bevölkerung, wurde nicht mehr erreicht.

Man möchte jetzt vorgeben, daß alles revidiert werden solle — und bietet wenige Verbesserungen an, die gegenüber den Beschlüssen des Juli 1952 unbedeutend sind. Wollte man wirklich einen „neuen Kurs“ — Ulbrichts gesamter Parteikongreß müßte liquidiert werden. Und das hieß: Wiedereinführung der Länder, Länderregierungen, Länderparlamente; Aufhebung aller seit Juli 1952 erlassenen Gesetze und Verordnungen; Auflösung des SSD; Auflösung aller landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften; Auflösung der Volksarmee; Beseitigung aller seit Juli 1952 (und nicht seit April 1953) festgesetzten Normen. Ehe das nicht geschieht, hat die SED nicht das Recht, von einem „neuen Kurs“ zu sprechen.

Säuberungswelle nach Berijas Sturz

Folgen der Machtkämpfe für die Satelliten

London (AP/DPA/Eigenmeldung). Nach der Absetzung und Verhaftung des sowjetischen Innenministers und Polizeichefs Berija wird in den Hauptstädten der westlichen Welt mit einer neuen Serie von Säuberungen und Schauprozessen gegen „Partei-Feinde“ und Anhänger Berijas gerechnet. Gleichzeitig wird die Frage aufgeworfen, welche Rolle die Rote Armee in den vermutlich nun noch folgenden Kämpfen um die Macht einnehmen wird. In Washington hält man es auch nicht für ausgeschlossen, daß die Sicherheitsorganisation der Sowjetunion, die bisher Berija unterstand, Gegenschritte unternimmt.

Die Reaktion in den westlichen Hauptstädten auf die Verhaftung Berijas umfaßt von der Forderung, die „Gelegenheit auszunutzen“, bis zu Stimmen, die vor der Hoffnung auf einen beginnenden Zerfall der sowjetischen Macht warnen, eine Vielzahl von Äußerungen. Man rechnet damit, daß die letzte Entscheidung im Kreml noch nicht gefallen ist.

Allgemein wird von politischen Beobachtern in den westlichen Hauptstädten die Ansicht vertreten, daß die Absetzung Berijas nur der Beginn der Auseinandersetzung innerhalb der sowjetischen Hierarchie sei.

Der Roten Armee wird in etwa noch folgenden weiteren Auseinandersetzungen große Bedeutung beigemessen. So erklärte der Präsident der russischen Emigrantenorganisation in Belgien, das letzte Wort liege nun bei der Roten Armee, und es werde vielleicht nicht lange dauern, bis sie handele. Die Opposition innerhalb der Roten Armee gegen die Regierung sei nach dem Kriege gewachsen. Zu viele Russen hätten inzwischen die Verhältnisse in Europa kennengelernt.

Auch in der Tschechei?

Wien (AP). Tschechoslowakische Emigrantenkreise in Wien erklärten, die Auswirkungen des Sturzes von Berija würden sich in erster Linie in der Tschechoslowakei zeigen. In Prag spiele sich bereits seit einiger Zeit hinter den Kulissen ein Machtkampf zwischen Staatspräsident Zapotocky und Ministerpräsident Siroky ab.

Polen sichert Grenzen

Warschau (AP/DPA). Die polnische Regierung hat Berichte über einen Ausnahmezustand in Polen dementiert. Demgegenüber

haben polnische Zeitungen in den letzten Tagen offen zugegeben, daß im Lande weit verbreitete Unzufriedenheit herrsche. Die Hauptgründe hierfür seien die Knappheit an Konsumgütern und die hohen Preise wichtiger Lebensmittel.

Nach Meldungen Stockholmer Zeitungen hat die polnische Regierung die Grenz- und Küstenpolizei verstärkt und einzelne Streifen an der Ostseeküste mit Stacheldraht abgesperrt.

Versprechungen auf Zeit

R. Ma. Noch nicht einen Monat, nachdem der Bevölkerung der Zone ein „neuer Kurs“ verkündet wurde, begleitet von heftiger Selbstkritik der zuständigen Machthaber, kommen die gleichen Meldungen aus Ungarn. Dort ging man sogar noch weiter: Zusätzlich zu allen Versprechungen auf besseren Lebensstandard, Einschränkung der Rüstungsindustrie und Mildereung des volksdemokratischen Reglements trat der allmächtige Ministerpräsident Rakosi zurück — allerdings wohl nur, um auf dem Wege über die KP weiter zu herrschen. Schließlich tut der Kommunismus sogar in Rumänien einen Schritt rückwärts: Dort versprach man der Bevölkerung höhere Rationen.

Diese Gleichförmigkeit der Ereignisse wird niemand als Zufall deuten. Allzu klar ist es, daß die entsprechenden Befehle aus Moskau kamen. Und das bedeutet: Weder die Sowjetzone noch Ungarn sind durch ihre angeblich neue Politik auch nur um das Geringste unabhängiger vom Kreml geworden. Sie führen nur etwas durch, was das „große Vorbild“ vor dreißig Jahren bereits tat: Als damals die sowjetische Wirtschaft dank des bolschewistischen Systems

Hungersnot erzwingt Zugeständnisse

Wien (AP). Der Lebensmittelmangel in den kommunistischen Satellitenstaaten in Osteuropa hat offensichtlich die Regierungen der Tschechoslowakei und Ungarns dazu gezwungen, weitere Zugeständnisse gegenüber den Arbeitern und Bauern zu machen.

Die Prager Regierung beschloß, das Gesetz abzuschaffen, demzufolge jeder mit Zwangsarbeit bestraft werden kann, der viertmal unentschuldig die Arbeit fernbleibt.

Die ungarische Regierung hat angeordnet, daß allen Bauern Steuerermäßigungen oder -befreiungen zu gewähren sind, die Mißernten zu erwarten haben.

In den Arbeitervororten von Budapest soll es zu Unruhen und Verhaftungen gekommen sein.

ruiniert war, verkündete Lenin die „Neue ökonomische Politik“ (NEP). Er ließ die Zügel lockern, die Bevölkerung schöpfte Hoffnung und tat ihr Bestes, die Wirtschaft erholte sich — der Bolschewismus hatte seine Atempause. Einige Jahre später zog er die Schraube wieder an.

Aus Versprechungen auf Zeit also besteht der „neue Kurs“, der jetzt im Ostblock die Runde macht. Und sehr vielsägend ist in diesem Zusammenhang die Bemerkung des neuen ungarischen Ministerpräsidenten, die Privatinitiative könne „noch von großer Bedeutung sein“. Ein Betrug beginnt, den das russische Volk lange hinter sich hat. Daß er versucht wird, besagt aber genug über die inneren Zustände des Ostblocks; man ist wirtschaftlich am Ende. Man braucht die Atempause der NEP. Und zwar sehr dringend: sonst würde Moskau nicht gerade jetzt indirekt seine Schwierigkeiten eingestehen. Denn als Bluff-Versuch allein ist der „neue Kurs“ nicht zu bewerten. Wer soll an eine wirkliche Besserung glauben, solange Polizei und Armee erhalten bleiben und die kommunistischen Parteien weiterhin die beherrschende Rolle spielen?



Der „neue“ Kurs

Bücherverbrennung

Erich Loest, Schriftsteller der DDR, klagt im sowjetzonalen Buchhändler-Börsenblatt Stein und Bein darüber, daß bei dem Aufstand in Leipzig sowjetzonale Bücher verbrannt worden sind.

Erich Loest knüpft bei seiner Klage dann an die Bücherverbrennungen des Dritten Reiches an und schämt sich, daß so etwas in der DDR passieren konnte.

Loest zeigt, daß er den Sinn dieses Volksaufstandes überhaupt noch nicht erkannt hat. 1933 handelte es sich darum, daß auf Befehl von Goebbels Bücher verbrannt wurden, die in einem freien Deutschland entstanden waren. Diesmal ist es die Volkswut gewesen, die sich gegen kommunistische Schulungsbücher und Lobhudeleien gegenüber der Sowjetunion wandte.

Erich Loest aber sagte: „Es wurden Bücher verbrannt, weil wir immer noch nicht genügend aus ihnen gelernt haben.“

Und er kommt zu folgender Schlußfolgerung: „Wir Schriftsteller müssen bessere, wirkungsvollere Bücher schreiben.“ Ja, Erich Loest, das ist richtig, aber andere Bücher als Sie und Ihresgleichen. Ihre Bücher und die Bücher Ihrer Genossen werden nie bei den Menschen der Sowjetzone Gegenliebe finden!

Das Abzeichnen - Barometer

„Es ist ganz erstaunlich, wieviel Parteiabzeichen seit dem 17. Juni verlorengegangen sind. Vorher wurden auch mal einige verloren, jedoch konnten sie schnell wieder ersetzt werden. Aber jetzt zeigt sich bei vielen Parteiabzeichen etwas ganz Eigenartiges. Anscheinend haben die Anstecknadeln die Nerven verloren, sind ganz zitterig geworden, brechen ganz einfach ab oder rutschen mitsamt dem Abzeichen aus dem Umschlag des Jacketts. Die Abzeichen aber haben sich gegenseitig verabredet, sich nicht wiederfinden zu

Nur flüstern . . .

Die Wandlung

Otto Müller, bisher SED-Mitglied, gehört zu denen, die seit dem 17. Juni wissen, was mit „der Partei“ eigentlich los ist. Entschlossen geht er zur SED-Kreisleitung und gibt sein Mitgliedsbuch zurück. Genosse Meier sieht, wie er nach einiger Zeit wieder aus dem Geschäftszimmer herauskommt. Er ist neugierig, was Müller dort wohl gemacht hat: „Sag mal Genosse, was ist denn los?“

Otto Müller lächelt seelenruhig: „Nichts weiter“, sagt er, „aber du kannst nun wieder Herr Müller zu mir sagen.“

Kommt davon

In der Tschechoslowakei sind die Rationen wieder einmal gekürzt worden. Die Arbeiter einer großen Fabrik beschließen daraufhin, in den Hungerstreik zu treten.

Ganz aufgeregt läuft der Genosse Direktor zur KP-Leitung und berichtet von dem Hungerstreik der Arbeiter.

Der oberste KP-Funktionär platzt vor Wut. „Das kommt davon!“ schreit er. „Haben wir nicht immer schon gesagt, ihr sollt ihnen gar nichts zu essen geben? Dann könnten sie jetzt keinen Hungerstreik machen!“

Gut informiert

Ein Auslandskorrespondent interviewte kürzlich einen Einwohner der polnischen Volksrepublik. Er wunderte sich sehr. Der Pole sah elend und verhärtet aus, aber er versicherte, es gehe ihm blendend, und er sei der glücklichste Mensch auf der Welt:

„Ich werde glänzend versorgt, habe einen hohen Lohn, reichlich zu essen, ein eigenes Radio und jeden Morgen meine Zeitung.“

„So, ein Radio und die Zeitung sogar?“ staunte der Auslandskorrespondent.

„Natürlich“, antwortete der Pole, „woher sollte ich sonst das andere alles wissen?“

lassen. Man sucht unwillkürlich mit den Augen den Fußsteig ab . . .

Ist das nicht eine schlimme Krankheit? Es erscheint als notwendig, daß die Parteileitungen der Betriebsparteiorganisationen diese Genossen dabei unterstützen, ihre Abzeichen und ihr vorübergehend verlorenes Klassenbewußtsein wiederzufinden . . .“

Dies schrieb das SED-Organ „Sächsische Zeitung“ am 3. Juli 1953. Da ist wohl nichts hinzuzufügen . . .

Weltstädte am Wochenende

Mit der zweistöckigen Eisenbahn nach Versailles

An den Sommer-Wochenenden fliehen die Menschen aus den steinernen Städten. Die Londoner, die Pariser, die Römer und die New-Yorker — alle besitzen ihre Ausflugsgebiete. Alle genießen sie dort den Sonntag auf ihre eigene, besondere Art.

Die Pariser fahren meist mit Kind, Kegel und Proviant hinaus in die großen Parks, die die Schlösser der Isle de France umgeben. Mit den alten zweistöckigen Eisenbahnen geht es nach Versailles.

Die Londoner radeln zum Picknick an die Themse, die westlich der Stadt noch ein verhältnismäßig schmales, aber sauberes Flübchen ist. In der Gegend um Windsor lagern jeden Sonntag Tausende auf den Themsewiesen. Die Londoner, die lange Anfahrtswege vermeiden wollen, fahren nur ein paar U-Bahn-Stationen und schon sind sie im Hyde-, im Regent-, Richmond- oder Kensington-Park, wo sie spazierengehen, liegen, Kaffee trinken, Fußball

oder Krickett spielen können. Der englische Sonntag ist der Familie gewidmet.

Die Amsterdamer sind genau wie die Skandinavier Sonnenanbeter. Wenn der Sonntag sich hell und klar ankündigt, besteigt der Amsterdamer mit seiner Frau das Fahrrad und packt die Kinder hinten drauf. Hauptausflugsziel: Die Blumenfelder ringsum.

Der Brüsseler aber spaziert an den entzückenden Seen von Ixelles entlang, oder er fährt in die nähere Umgebung, wo in der letzten Zeit mehrere Freilufttheater und Schwimmbäder entstanden sind.

Und die Römer? In den Sonntagsmorgen- und -vormittagsstunden sieht man viele in

dem großen Park der Villa Borghese außerhalb der alten Stadtmauern. Andere fahren von der Porta San Paolo mit der elektrischen Schnellbahn hinaus nach Ostia zum Lido di Roma. Wieder andere besuchen die ländlichen Gasthöfe in der Campagna, wo man einen billigen Wein vorgesetzt bekommt, den der Bauer selbst gekeltert hat.

Die New-Yorker lassen gewöhnlich schon am Sonn-

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Volkswagenfest wurde Volksfest

Es war eine wohlorganisierte Sternfahrt, auf der über 1000 Journalisten aus dem In- und Ausland zu dem Fest des Volkswagenwerkes nach Wolfsburg kamen. Anlaß war der 500 000. Volkswagen, der vom Band rollte. Ein Ereignis von bisher einmaliger Art in der Geschichte der europäischen Autoproduktion.

Fast einer Viertelmillion Menschen gibt das Volkswagenwerk direkt und indirekt Arbeit und Brot. Bei allem Lob, das Direktor Nordhoff seiner fast 20 000 Mitarbeitern zollte, unterstrich er doch, daß dieser Aufstieg nicht möglich gewesen wäre, wenn nicht eine dem Fortschritt zugewandte Wirtschaftspolitik der Bundesregierung die Möglichkeit dazu geöffnet hätte.

Das Volkswagenwerk produziert jetzt 700 Wagen je Tag und wolle es in zehn Monaten auf etwa 800 Wagen bringen.

Das Volkswagenwerk zahlt heute einen Durchschnittslohn von 2,15 DM je Stunde und wird künftig über die bisherigen 100 Millionen jährlich an Löhnen und Gehältern hinaus soviel Prozente vom Jahresverdienst an die Belegschaft auswerten, wie die jeweilige Ver-

zinsung des 60 Millionen betragenden Gesellschaftskapitals ausmacht. So wird beispielsweise bei vier Prozent Dividende, die vielleicht für 1953 ausgeworfen werden können, jedes Belegschaftsmitglied vier Prozent seines Jahresverdienstes als Beteiligung am Ertrag erhalten. Aus Anlaß des Jubiläums erhielt die Belegschaft Gratifikationen von 50 bis 130 DM je nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit. E. Kl.

Nanga Parbat von Deutschen bezwungen

Von allen Seiten Glückwünsche

Die deutsch-österreichische Himalaja-Expedition unter Führung von Dr. Karl Herrligkoffer hat den Nanga Parbat, den vierthöchsten Berg der Welt, bezwungen. Die Expedition war die fünfte deutsche an dem 8125 Meter hohen Berg, der den Westpfeiler des Himalaja bildet. Die elf Expeditionsteilnehmer waren am 17. April von München abgereist. Die bergsteigerische Leitung lag in den Händen von Peter Aschenbrenner (Kufstein). Der österreichischer Hermann Buhl erreichte bei klarem, blauem Himmel den Gipfel und setzte dort die pakistanische

abend das Wolkenkratzer-Meer hinter sich. Auf den Ausfallstraßen dagegen drängen sich die Autos, denn Benzin und Reifen sind billig, und jeder, der ein Auto besitzt, ist am Wochenende mit ihm unterwegs. Eines der Hauptausflugsziele der New-Yorker ist der Riesenstrand von Coney Island. L. M.

Flagge und die der Bundesrepublik.

Von allen Seiten aus gehen der Expedition Glückwunschtelegramme zu. Nach Bundespräsident Heuss und Vizekanzler Blücher telegraphierte auch der österreichische Bundeskanzler Raab an die Expedition. Viele ausländische Zeitungen würdigten auf ihren Frontseiten unter großen Schlagzeilen den Erfolg.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.